

1. Mit DIE LINKE kämpfe ich dafür, dass alle erwerbstätigen Menschen von ihrer Arbeit gut und sicher leben können. Ich fordere deshalb eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf mindestens 13 Euro. Zuschläge für Sonntags-, Schicht- oder Mehrarbeit sowie Sonderzahlungen dürfen nicht mit dem Mindestlohn verrechnet werden. Sämtliche Ausnahmen vom Mindestlohn müssen gestrichen werden. Durch die Pflicht zur elektronischen Arbeitzeiterfassung und häufigere Kontrollen muss die Einhaltung des Mindestlohns durchgesetzt werden. Darüber hinaus braucht es ein niedrigschwelliges Meldesystem gegen Mindestlohn-betrug. Dafür muss die Bundesregierung ein entsprechendes offizielles Meldeportal einrichten.

2. Dieser Forderung schließe ich mich uneingeschränkt an. DIE LINKE will Lohndumping durch Werkverträge und Leiharbeit beenden. Dafür braucht es ein Verbot von Leiharbeit. Auch wollen wir Befristungen stoppen. Sachgrundlose Befristungen müssen im Teilzeit- und Befristungsgesetz müssen ersatzlos gestrichen und zulässige Sachgründe eng begrenzt werden. Der dritte Arbeitsvertrag bei demselben Arbeitgeber oder derselben Arbeitgeberin muss zwingend unbefristet sein. Die gesetzliche Höchstarbeitszeit wollen wir auf maximal 40 Stunden pro Woche begrenzen. Wenn die Arbeit gerechter verteilt wäre, könnten statt Überstunden und Dauerstress über eine Million Arbeitsplätze in kurzer Vollzeit mit 30 Stunden pro Woche geschaffen werden. Eine solche Umverteilung der Arbeitszeit erhöht die Lebensqualität für alle und wirkt prekären Beschäftigungsverhältnissen entgegen. Mini-Jobs wollen wir in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse überführen. Ab dem ersten Euro muss für Unternehmen eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten. Plattformen müssen Arbeitgeber*innenpflichten erfüllen und Sozialversicherungsbeiträge für über sie Beschäftigte abführen. Die Details unserer arbeitspolitischen Pläne für gute Arbeit und gute Löhne finden sich in unserem Wahlprogramm 2021.

3. Betriebliche Mitbestimmung ist mir persönlich ein Herzenthema, nicht erst seit meiner Arbeit im Personalrat des Badischen Staatstheaters in Karlsruhe. Für unsere Initiative, die tatsächliche Arbeitszeit des künstlerischen Personals zu erfassen, wurden wir 2016 von der Jury mit dem Deutschen Personalräte-Preis in Bronze ausgezeichnet. Auch für DIE LINKE ist zentral: Demokratie gilt auch im Betrieb! Deshalb wollen Union Busting stoppen, die Gegenwehr Beschäftigter stärken und ihre Mitbestimmung ausweiten. Wir wollen Betriebsratswahlen erleichtern und die Arbeitsfähigkeit von Betriebsräten sichern, Schwerpunktstaatsanwaltschaften mit ausreichend Personal für Straftatbestände aus dem Arbeitsrecht und Betriebsverfassungsrecht schaffen, sowie schärfere Sanktionen gegen Arbeitgeber*innen und Anwaltskanzleien, die sich auf die Verhinderung von gewerkschaftlicher Organisation spezialisiert haben. Zur Stärkung der Gewerkschaften muss ein umfassendes Verbandsklagerecht zur Durchsetzung der Einhaltung von Tarifverträgen und gesetzlichen Bestimmungen erhalten geschaffen werden. Das Tarifeinheitsgesetz muss zurückgenommen werden, da mit ihm eine Einschränkung des Streikrechts verbunden ist. Solidaritätsstreiks mit Beschäftigten anderer Betriebe und Branchen und politische Streiks zur Durchsetzung sozialer Verbesserungen und zur Verteidigung von Demokratie und Frieden müssen ins Streikrecht eingeschlossen werden.

4. Mein Mandat im Bundestag habe ich u.a. schwerpunktmäßig für die Durchsetzung eines Lieferkettengesetzes, das seinen Namen verdient, genutzt. Dafür stand ich über vier Jahre im engen Kontakt mit Nichtregierungsorganisationen und Expert*innen. Um der befürchteten Verwässerung des Lieferkettengesetzes der Bundesregierung entgegenzuwirken arbeiteten wir in enger Zusammenarbeit zwischen Opposition und Zivilgesellschaft einen eigenen umfangreichen Antrag mit dem Titel „Sorgfaltspflichtengesetz grundlegend nachbessern – Menschenrechte in Lieferketten wirksam schützen“ aus (<https://dserver.bundestag.de/btd/19/292/1929279.pdf>). Die Verabschiedung des Lieferkettengesetzes hätte meiner Ansicht nach ein unheimlich wichtiger Schritt und Anlass zum Feiern werden können. Das beschlossene Gesetz aber ist leider nur ein blasser Schatten von dem, was es hätte werden können. Die Handschrift der Konzernlobby ist deutlich im gesamten Gesetzestext wiederzufinden.

Das Lieferkettengesetz muss nachgebessert werden. Dabei geht es zunächst noch nicht einmal um eine mögliche Vorreiterrolle Deutschlands – welche ich begrüßen würde- sondern vielmehr um die grundsätzliche Erfüllung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und ein Ende der sozialen Ausbeutung und ökologischen Zerstörung entlang deutscher Lieferketten.